

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Beisenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die breitgehaltene Pettizeile oder deren Raum 30  $\text{A}$   
für Versammlungsanzeigen 10  $\text{A}$  pro Zeile.

## Bautätigkeit und Wohnungsmarkt im Kriegsjahr 1915.

Für die an dem Verhältnis auf dem Baumarkt Beteiligten hat es zweifellos großen Wert, über die Bautätigkeit und die Lage am Wohnungsmarkt möglichst genau unterrichtet zu werden. Aus der Entwicklung während der Kriegszeit lassen sich immerhin Schlüsse auf die Gestaltung der Marktlage nach dem Kriege ziehen. Deshalb ist es ein verdienstliches Unternehmen, daß das Kaiserliche Statistische Amt mit der Erhebung über Bautätigkeit und Wohnungsmarkt begonnen hat. Wir müssen nur unserm Bedauern darüber Ausdruck geben, daß eine Reihe von Städten den Bemühungen des Statistischen Amtes nicht die erforderliche Unterstützung angedeihen läßt. Die Erhebungen für 1915 liegen, wie bereits im „Zimmerer“ Nr. 28 berichtet wurde, in einer Sonderbeilage des „Reichsarbeitsblattes“ vor. An 93 Städte mit je über 50 000 Einwohnern waren Fragebogen versandt worden. Berlin, Steglitz, Vielesfeld, Bromberg, Görlitz, Königshütte, Plauen und Recklinghausen haben die Bogen überhaupt nicht ausgefüllt zurückgeschickt. Ein Teil der an das Amt zurückgelangten Bogen war nicht so vollständig und lückenlos bearbeitet, daß er das erforderliche Vergleichsmaterial lieferte. So konnte nur aus 77 Städten der Reinzugang an Wohnungen und nur aus 51 Gemeinden der Umfang an leeren Wohnungen ermittelt werden.

Während ein großer Teil der übrigen Industriezweige sich auf die durch den Krieg geschaffenen Bedürfnisse einrichten konnte und dabei vielfach sehr lohnende Beschäftigung fand, fehlten den baugewerblichen Unternehmen dergleichen Möglichkeiten. Der Bedarf an Wohnungen ließ nach, und auch das Kapital zog sich vom Baumarkt zurück. Es fand anderwärts Unterkommen mit sicheren und größeren Gewinnaussichten. Nach dem Bericht des Kartells der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe geriet der Baumarkt aus dem schon lange andauernden krankhaften Zustand in eine „Krisis erster Ordnung“.

Den eigentlichen Rückhalt für das Baugewerbe gaben im Berichtsjahre die öffentlichen Bauten. Um dem Gewerbe bei der Ueberwindung der schweren Zeit möglichst behilflich zu sein, wurden vom Staat und Gemeinden Notstandsarbeiten angeordnet und Bauten in Angriff genommen, deren Ausführung erst später erfolgen sollte. Das war eine dankenswerte und erwünschte Hilfe.

So gering das Bedürfnis nach Kapital für unmittelbare Bauzwecke war, seiner Beschaffung stellten sich erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Im Jahre 1914 erzielten 37 deutsche Hypothekenbanken noch einen Zufluß in Höhe von 143 Millionen Mark, im Berichtsjahre verminderte sich ihr Bestand um über 19 Millionen Mark. Der Pfandbriefumsatz dieser Banken erlitt eine Einschränkung um fast 29 Millionen Mark. Schließlich stoppten auch die Sparkassen und Versicherungsanstalten ihre Abflüsse für Hypotheken. Bemerkenswert ist der Umstand, daß die Zurückstände weit von der befürchteten Höhe entfernt blieben. 34 Hypothekenbanken gaben die Summe der nichtbezahlten Zinsen auf annähernd 20 Millionen Mark an; das sind  $4\frac{1}{2}$  vom Hundert des Zinsensolls. Im Jahre 1914 waren 12,3 Millionen Mark Zinsenverpflichtungen nicht gedeckt worden. Nach Schluß des Krieges wird jedoch wohl ein ausgedehnter öffentlicher Kredit erforderlich sein, um das sehr brüchige Fundament des Hypothekenmarktes vor krachenden Einstürzen zu bewahren.

### Lage der Baustoffindustrien.

Die schwache Bautätigkeit wirkte naturgemäß in ungünstiger Weise auch auf die Baustoffindustrien zurück. Man konnte froh sein, wenn die alten Lagerbestände ab-

flossen. Die Erzeugung wurde eingeschränkt, viele Betriebe vollständig stillgelegt. Trotzdem stiegen die Preise, was auch nicht zur Förderung der Bautätigkeit beitrug. Es kosteten zum Beispiel in Berlin:

	26. Februar 1915		28. April 1916	
	M.	Stk.	M.	Stk.
Sintermauerziegel .....	20	bis 23	27	bis 31
Klinker .....	25	" 36	32	" 40
Rathenower Verblender ..	48	" 52	50	" 60
Dachziegel ..	30	" 36	36	" 45
Schamottesteine .....	80	" 160	80	" 175
Berliner Kalksandsteine ..	17 $\frac{1}{2}$	" 19 $\frac{1}{2}$	24	" 25
75 kg Putzgips .....	2	" 3	2 $\frac{2}{3}$	" 2 $\frac{3}{4}$
75 " Stuckgips .....	2	" 2 $\frac{1}{10}$	2 $\frac{1}{5}$	" 3

Die Preise sind danach um 40 vom Hundert und mehr in die Höhe getrieben worden.

Wie stark der Verbrauch abgenommen hat, lassen die Zahlen für Großberlin erkennen. Hier wurden 1910 rund 1855 Millionen Ziegel abgesetzt, 1914 nur 541 Millionen, und im Jahre 1915 ging der Absatz weiter auf 200 Millionen Stück zurück.

Die Holzindustrie hatte für das Baugewerbe wenig zu tun. Sie fand dafür bald einen andern Verbraucher mit erheblich größeren Ansprüchen. Für mancherlei Verwendungszwecke beanspruchte die Heeresverwaltung so bedeutende Anfuhrer, daß die Aufträge vielfach kaum zu bewältigen waren.

Dagegen haben sich die Absatzmöglichkeiten für die Zementindustrie bedeutend verschlechtert. Zwar trat auch hier die Heeresverwaltung als Großverbraucher auf, trotzdem sank der Absatz auf 12,5 vom Hundert der kontingentierten Menge. Im Jahre vorher war der Verbrauch noch mehr als doppelt so groß. Der Begehr nach Baustoff und Gips ließ in ungefähr dem gleichen Verhältnis nach.

Sogar die Eisenindustrie, die durch Versorgung des Heeres und der Marine überreich beschäftigt war, die kaum allen Bedürfnissen an Kriegsgerät genügen konnte, empfand die Ruhe am Baumarkt. Die Jahreserzeugung der deutschen Walzwerke an Trägern (Formeisen von 80 mm Höhe und darüber), die 1912 nicht weniger als 1,7 Millionen Tonnen betragen hatte, schmolz im Jahre 1915 auf 0,6 Millionen Tonnen zusammen.

### Der Arbeitsmarkt.

Die zahlreichen Einberufungen, in geringem Maße auch die Abwanderung — Bauarbeiter zogen in ihre ländliche Heimat und widmeten sich landwirtschaftlicher Tätigkeit — beeinflussten den Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 1915 in günstiger Weise. Wie die Aufzeichnungen der Arbeitsnachweise ergeben, meldeten sich im Januar 1915 auf je 100 offene Stellen 364 Arbeitssuchende, im Juni jedoch nur noch 110. In dem gleichen Verhältnis ging das Angebot von Arbeitskräften auf 96 im Juli und auf 74 im September zurück. Sodann wurde der Andrang wieder stärker. Ende des Jahres kamen auf 100 Anforderungen 96 Arbeitsgesuche. Dieser Arbeitermangel während einer „Krisis erster Ordnung“ zeitigte eine sehr betrübliche Erscheinung. Sie gab den Anlaß, in starkem Maße bei der Bauarbeit weibliche Arbeitskräfte zu verwenden. Die Frau auf dem Bau war bisher so ziemlich ein bayerisches Reservatrecht, das keinen Neid erwecken konnte. Nun ist die Bauarbeiterin in fast ganz Deutschland bekannt geworden. Unsere Bedenken gegen das Heranziehen von Frauen und Mädchen zu der für sie ungeeigneten Bauarbeit sind bekannt. Die Entlohnung der Frauen und Mädchen reicht nicht selten nur bis zur halben Höhe der Tariflöhne, bleibt in manchen Fällen sogar noch geringer. Die Baustoffe liefernden Industrien brachten einen Teil der durch Absatzverminderung erlittenen Einbußen durch Preiserhöhungen wieder herein. Das Bauholzgewerbe bekam sogar eine Hochkonjunktur durch Heereslieferungen; weitere Schädigungen im Gesamtgewerbe werden durch ein Zwangssyndikat verhindert. Den Bauunternehmern wurden von den Behörden ebenfalls höhere Baupreise zugestanden.

### Bautätigkeit.

Ueber den Umfang der Bautätigkeit gibt die nachstehende Aufstellung ein ziemlich getreues Bild. Die Zahlen beziehen sich auf 47 Städte, für die vergleichende Angaben vorlagen. Danach brachte die Bautätigkeit einen Zuwachs von:

	Wohngebäuden		Wohnungen	
Im Jahre 1912 .....	10 245	68 022		
" " 1913 .....	8 075	50 169		
" " 1914 .....	6 710	36 308		
" " 1915 .....	2 708	14 384		

Hier kommt der sturzähnliche Rückgang der Bautätigkeit während der Kriegszeit recht sinnfällig zum Ausdruck. Mit einem Weniger von 465 neuen Wohngebäuden hatte Bremen den stärksten Rückgang, dann folgten Hamburg mit dem Ausfall von 273 und Stuttgart mit 272 Neubauten.

### Leerstehende Wohnungen.

Eine Ergänzung des Bildes von der Lage am Baumarkt liefert die Erhebung über leerstehende Wohnungen. Von der Ermittlung sind 51 Gemeinden erfaßt worden. Im allgemeinen ist trotz der geringen Bautätigkeit die Summe der unbenutzten Wohnräume größer geworden. Die Kriegskonjunktur brachte jedoch auch in dieser Hinsicht sehr große Verschiedenheiten. In Festungen, in günstig gelegenen Städten, von wo aus die Versorgung der Fronten in starkem Maße erfolgte, überall dort, wo große Truppenmassen zusammengezogen wurden, ferner in Orten mit ausgedehnter Kriegsindustrie machte sich gegen das Vorjahr sogar eine Steigerung des Begehres nach Wohnungen bemerkbar; die Zahl der unbenutzten Räume wurde kleiner. Die Zunahme des Vorrats an Leerwohnungen entfällt vorwiegend auf größere Wohnungen, und die Verminderung des Vorrats in den durch Militär und Kriegsindustrie begünstigten Orten kam wiederum den Kleinwohnungen zugute. Die Minderbemittelten vermieteten ihre letzten Wohnräume, um durch solche Beihilfe zum Einkommen besser die Verteuerung der Ernährung überwinden zu können. Die Städte mit der verhältnismäßig größten Anzahl leerstehender Wohnungen sind die folgenden (die Zahlen geben an, wieviel von je 100 der vorhandenen Wohnungen leer standen): Regensburg 7,4 (1913 2,5), Hamburg 6,8 (1914 5,6), Altona 6,3 (1914 6,2), Barmen 5,7 (1914 3,3), Düsseldorf 5,6 (1914 5,1), Köln 5,3 (1914 3,6), Charlottenburg 5,2 (1914 4,0) und Berlin-Schöneberg 5,0 (1914 4,4).

### Ansichten über Aussichten.

Die Meinungen über die Gestaltung des Baumarktes nach dem Kriege gehen weit auseinander, widersprechen sich teilweise. Wohnungs- und Bodenreformer verfechten die Ansicht, daß nach Kriegsende ein starker Mangel an Kleinwohnungen fühlbar werde und ähnliche Mißstände zu erwarten seien, wie nach dem Kriege 1870/71. Durch Inangriffnahme des Baues von Kleinwohnungen müsse Unzuträglichkeiten vorgebeugt werden.

Solcher Meinung und solchen Forderungen widersprechen die organisierten Hausbesitzer. Nach ihrem Urteil ist keine Wohnungsnot zu befürchten. Der jetzt unbenutzte Wohnraum sei so groß, daß er dem nach dem Kriege hervortretenden Bedürfnis ausreichend genüge. — Man kann die Annahme nicht von der Hand weisen, daß die Meinung der Hausbesitzer sehr stark von ihrer Sorge gebildet wird, daß eine etwas lebhaftere Herstellung von Kleinwohnungen auf die Mietpreise drücken könnte. Daß die Hausbesitzer sich nach dem Kriege durch Mietsteigerungen für jetzige Ausfälle entschädigen möchten, ist ja erklärlich, das rechtfertigt jedoch nicht die Außerachtlassung der aus sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Rücksichten gebotenen Vorsicht, die dahin wirkt, einer Wohnungsnot mit ihren tiefeinschneidenden Schädigungen vorzubeugen.

Der Verfasser des Aufsatzes in der Sonderbeilage des „Reichsarbeitsblattes“ kommt nach dem Abwägen

der von den verschiedenen Seiten geltend gemachten Ansichten unter Berücksichtigung der sachlichen Umstände zu folgendem Ergebnis: "... Es wird also mit einer stark erhöhten Nachfrage nach Wohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein, welcher der Ausfall der Neuwohnungen durch das Daniederliegen der Bautätigkeit gegenübersteht." — Dennoch wäre eine lebhaftere Bautätigkeit nötig, um Notzustände zu verhindern. Jedoch sollen die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Städten sorgsam geprüft werden, um den Umfang der vermutlich erforderlichen Bautätigkeit festzustellen.

### Arbeiterfragen nach dem Kriege.

e. Ueber dieses Thema hat der bekannte englische Sozialpolitiker Sidney Webb eine Darlegung veröffentlicht, die sich zwar nur auf die englischen Verhältnisse bezieht, die aber auch für die deutschen Arbeiter von Wert ist, da bei uns die wirtschaftliche Lage, die durch den Krieg geschaffen ist, sich nicht wesentlich von der in England unterscheidet und das Problem, wie der Arbeitsmarkt nach dem Kriege wieder in normale Bahnen einzurennen ist, bei uns auf dieselben Schwierigkeiten stoßen wird wie jenseits des Kanals.

S. Webb meint, der Friede werde eine noch größere Erschütterung der Industrie und der Lohnarbeit herbeiführen, als der Kriegsbeginn mit sich gebracht hat. Und wer im Kriege seine Pflicht als Soldat erfüllt habe, werde entzweit und wütend sein, wenn er in Friedenszeiten hungern müsse. Deshalb sei es unerlässlich, sich schon jetzt über die Maßnahmen klar zu werden, die zu ergreifen sind, um den Gefahren zu begegnen, die sonst den Arbeitern drohen; die Regierung werde die Verantwortung nicht tragen können, die auf sie falle, wenn sie geeignete Vorbereitungen nicht getroffen habe. Die Voraussicht müsse sich erstrecken auf die aus dem Felde Zurückkehrenden sowie auf die Millionen Männer, Frauen und Jugendlichen, die heute in den Kriegsindustrien, namentlich in der Geschloßfabrikation, beschäftigt sind. Beides zusammen mache fast die Hälfte der gesamten Lohnarbeiterschaft aus. Sie alle seien dann ohne Lohnentnahme, und ihr Schicksal werde greulich sein, wenn nicht vorgesorgt wird.

Die Entlassung der Truppen erfolgt lediglich nach militärischen Erwägungen, nicht unter Rücksichtnahme auf den Arbeitsmarkt. Das englische Kriegsministerium hat nur versprochen, jedem Soldaten mindestens einen Monat vor seiner Entlassung ein Formular zuzustellen, auf dem das Gewerbe und der gewünschte Arbeitsort angegeben sind. Dieser Schein soll dem Arbeitsnachweis derjenigen Gemeinde übermittelt werden, nach welcher der entlassene Soldat sich zu begeben wünscht. Nach dorthin wird der Soldat einen Freifahrtsschein erhalten, auch wird ihm für einen Monat Löhnung und Kriegsfürsorge gewährt, und außerdem soll er einen Warbetrag erhalten, dessen Höhe noch nicht festgesetzt ist, die aber nach dem südafrikanischen Kriege M 100 bis 120 (5 bis 6 Pfund) betragen hat. Ein Jahr lang nach dem Kriege soll schließlich der Entlassene das Recht haben, bei Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung in Höhe von etwa M 10 bis 12 wöchentlich in Anspruch zu nehmen. Das alles sei ganz gut, genüge aber selbstverständlich bei weitem nicht. Entschieden müsse dem Bestreben entgegengetreten werden, die Regelung der Arbeitsbeschaffung den Wohlfühlvereinen zu überweisen. Nur durch die Arbeitsnachweise dürfe das geschehen. An so schweren Mängeln diese auch noch leiden, so sei das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen doch noch größer als zu jenen Vereinen.

Etwas für die Millionen der zur Entlassung gelangenden Munitionsarbeiter zu tun, habe die Regierung bisher noch nicht in Aussicht gestellt. Zwar sei für sie eine Arbeitslosenkasse eingerichtet worden, in die jeder 20 s (2½ Pence) wöchentlich zahle — der Arbeitgeber führt den gleichen Betrag ab —, und nach dem Kriege solle jeder sechs Monate lang zum Bezuge der Unterstützung von etwa M 7 wöchentlich berechtigt sein; aber das reiche natürlich gleichfalls bei weitem nicht hin. Wenigstens müsse eine einmonatige Kündigung, freie Bahnfahrt und eine einmalige Entschädigung hinzugefügt werden wie bei den entlassenen Soldaten. Es sei nicht angemessen, wenn das Munitionsministerium die ihm unterstellten Arbeitskräfte schlechter behandle als das Kriegsministerium die entlassenen Soldaten. Alles müsse darangelegt werden, die Zahl der Wartenden und die Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit zu vermindern. Je schneller jeder der produktiven Arbeit wieder zugeführt werde, desto besser für die Arbeiter, für den Volkswohlstand und für die Staatskasse.

Wie sich die Wirtschaftslage in den ersten Jahren nach Friedensschluß gestalten werde, sei unmöglich im einzelnen vorauszusehen. Jedenfalls würden die Wogen hoch gehen, und heftige Erschütterungen des Wirtschaftslebens könnten nicht ausbleiben. Noch nie habe die Welt eine so riesenhafte Entlassung von Arbeitern gesehen, wie sie dann eintreten werde. Webb rechnet mit sieben Millionen freierwerdenden Soldaten und Munitionsarbeitern. In Deutschland dürfte es sich um mehr als zehn Millionen handeln.

Früher habe bei viel geringeren Erschütterungen des Wirtschaftslebens die Regierung irgendwelche Verantwortlichkeiten in dieser Sache nicht anerkannt. Auch jetzt noch scheine das Finanzministerium an der veralteten Auffassung festzuhalten, der Arbeitsmarkt werde im Laufe der Zeit die Beschäftigungslosen auffaugen. Das dürfe nicht das letzte Wort bleiben. Die Regierung sei vielmehr verpflichtet, mit aller Sorgfalt der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege abzuwehren. Im Grunde genommen brauche die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege gar nicht so groß zu sein; denn auf eine Generation hinaus werde es genug Arbeit geben, um die Verheerungen des Krieges auszubessern und Ersatz zu schaffen für die ungeheure Menge zerstörter Güter. Wir wissen, daß jeder Lohnarbeiter imstande ist, wenigstens den Wert seiner Unterhaltsmittel herzustellen. Die Grundrenten, Zinsen und Profite der Grundherren und Kapitalisten zeigen, daß der Wert jeder Arbeitskraft noch weit über den Betrag der Unterhaltskosten hinausgeht. Wir wissen ferner, daß die Auffaugung der Arbeitslosen durch den Arbeitsmarkt viel zu langsam vor sich geht, so daß in dieser Zeit Männer, Frauen und Kinder langsam verhungern und die Löhne derjenigen Arbeiter fallen würden, die Beschäftigung haben. So war es nach 1815, weil die Regierung den Dingen damals ihren freien Lauf ließ. Das darf diesmal nicht wieder geschehen.

Gewaltig werden die Umwälzungen sein. In der Kriegsindustrie und in den Kriegsgewerben, die Ersatzartikel herstellen für Waren, die während des Krieges nicht von auswärts beziehen konnten, wird eine stark fallende Konjunktur eintreten. Dagegen wird in manchen Städten ein Handelsaufschwung zu verzeichnen sein. Auch die Industrien, die mit Ausbesserung der Kriegsschäden beschäftigt sind, werden bald einen lebhaften Geschäftsgang haben. Die Schiffswerften werden mit Hochdruck arbeiten. Woll- und Baumwollfabriken werden sich rasch beleben. Die Nachfrage nach Arbeitern für Maschinen, Kraftwagen, Geräte und andere mechanische Erzeugnisse wird sehr erheblich sein. Die verwüsteten Gebiete Europas werden Bahnschienen, alle Arten Rohstoffe, Kohlen und Nahrungsmittel brauchen. Hieraus ergeben sich eigenartige Mischungen lokaler Konjunkturen mit wiederum ganz unberechenbaren Rückwirkungen nach allen Richtungen hin. Mancher Gewerbebezirk wird rasch aufleben, mancher verfallen, ein Aufwuchs des Wirtschaftsmarktes wird sich vollziehen. Unter solchen Umständen ist ein staatliches Mitwirken unbedingt nötig. Die bloße Arbeitslosenunterstützung würde eine armselige Fiktion sein, die nach keiner Richtung genügt. Sie ist nutzlos und verschwenderisch, aber unvermeidlich, wenn die Regierung verabsäumt, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Die Regierung ist besser als Hilfe leisten, wenn sie vorhanden ist. Die Regierung vermag leicht die großen Arbeitsaufträge der verschiedenen Behörden derart zu verteilen, daß die Einstellung in Arbeit ziemlich gleichmäßig vor sich gehen kann.

Die Systematisierung der Truppenentlassung müsse den Anfang machen, fordert Webb. Die Arbeitsnachweise müssen derart mit Kräften besetzt werden, daß sie die riesenhafte gesteigerte Arbeitslast bewältigen können. Die Unternehmer sollen gehalten sein, ihren Bedarf an Arbeitskräften schon vorher den Arbeitsnachweisen anzuzeigen, und es kann der gesetzliche Zwang ausgesprochen werden, daß die Unternehmer nur durch die Nachweise Arbeitskräfte zugewiesen erhalten.

Eine wesentliche Arbeit wird der Häuserbau machen, der in den Kriegsjahren fast völlig geruht hat. Die Regierung wird allgemein zu günstigsten Bedingungen Baukapital vorzustrecken haben, damit viel gebaut werden kann. Für England rechnet Webb mit vier Milliarden Mark (200 Millionen Pfund). Auf diese Weise könne am leichtesten und sichersten ersten Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorgebeugt werden. Außer dem Bau von Wohnhäusern komme auch der Bau von Schulen und andern öffentlichen Gebäuden in Betracht. Herstellung und Ausstattung aller dieser Baulichkeiten sei das geeignetste Mittel, der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung vorzubeugen.

Es ist nicht zu verkennen, daß diese Vorschläge wertvoll sind und daß sie auch in Deutschland Berücksichtigung verdienen.

### Verbrauchswirtschaft im Kriege.

Zuckergewinne. Der Zuckersachmann des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen schreibt über den Abschluß der Raffinerie Tangermünde, der größten Deutschlands, folgendes: Verarbeitet wurden im Betriebsjahre 1913/14 rund 4 500 000 Zentner Rohzucker, der Jahresgewinn betrug einschließlich eines Vortrages aus 1913 M 1 400 000, mithin 30 s auf den Zentner verarbeiteten Rohzuckers. Von dem Gewinn wurden folgende Rückstellungen vorgenommen: M 150 000 freie Rücklage, M 25 000 an den Arbeiterhilfsschatz, M 25 000 an den Beamtenhilfsschatz. Auf das Aktienkapital wurden 15 pzt. Gewinnanteil bezahlt, und nach Abzug der Anteilgebühr für den Aufsichtsrat M 130 000 auf neue Rechnung vorgetragen. Das erste Kriegsjahr 1914/15 hatte folgendes Ergebnis: Verarbeitet wurden nur 2 800 000 Zentner Rohzucker, während der Reingewinn M 3 126 500, mithin M 1,11 für einen Zentner Roh-

zucker, also fast das Vierfache des vorausgegangenen Friedensjahres betragen hat. Leider fehlt die (bei der Größe des Unternehmens) sicher sehr beträchtliche Summe für Abschreibungen. Die Verteilung des Reingewinns zeigt im Vergleich zum Vorjahre folgende stattliche Ziffern: Freie Rücklage zur Bildung einer Sonderrücklage für Gemeinnützer M 450 000 und (vorsichtswel) für den gleichen Zweck „zur Auffüllung“ weitere M 550 000. 20 pzt. Gewinnanteil gleich M 1 480 000 entfallen auf 7 400 000 alte und 80 pzt. Gewinnanteil gleich M 600 000 auf M 2 000 000 neue „Stammanteile“, M 135 000 erhält der Aufsichtsrat, M 340 000 der Wohlfahrtsausschuß für Arbeiter und Beamte und M 21 000 werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresbericht begründet das günstige Ergebnis in der Hauptsache mit einer sehr vorzüglichen Bestandsverwertung aus vorangegangener Zeit. — Behörden und Öffentlichkeit müssen im Interesse unseres Durchhaltens auch aus diesem Geschäftsabluß das Unberechtigte der geforderten Zuckerpreissteigerung, dafür aber die Notwendigkeit einer Preisermäßigung folgern.

Bier oder Nahrungsmittel? Aus Bayern kommt die beunruhigende Nachricht von einer Erklärung des dortigen Ernährungsbeirats, daß die anscheinend offiziöse Andeutung über eine nur halb so große Freigabe von Gerste für Brauwerke wie im Vorjahre (18 Millionen Zentner) unrichtig sei. Dann würde also die kürzlich ausgesprochene Befürchtung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, daß für Bierzwecke fast doppelt soviel Gerste ausgegeben werden solle als für Maltzwecke (10 Millionen Zentner), begründet sein. Was aber an Nahrungsmittelmengen vor der Brauplanne gerettet werden könnte, ersieht man, wenn man dem „Arbeitsblatt für Kleintierzucht“ des Kreises Mörns folgt. Das Blatt nimmt sogar nur 16 Millionen Zentner Braugerste als Jahresmenge an: Verarbeitet man die Gerste zu Graupen, so könnte man jeder Familie davon 0,96 Zentner zulassen, das deutsche Volk also mit großen Mengen eines Nahrungsmittels versehen, das hinsichtlich des Nährstoffgehaltes dem Brot vermandt ist, gern genommen und diätetisch wertvoll ist. Mit den Abfällen der Graupenbereitung (der Kleie) aber ließen sich nicht weniger als 500 000 Schweine von 0,8 auf 2,4 Zentner bringen, also vom Stadium des Mastbeginns bis zur vorzüglichen Schlachtreife fördern. — Man braucht wirklich nicht Abstinenz zu sein, um in der belagerten Festung Deutschland die Forderung nach einer volkswirtschaftlich und physiologisch vernünftigen Kornverwendung zu erheben.

Schnapsbrennerei um jeden Preis. Der „Posener „Maifesten Bote““ weit in seiner Nummer vom 25. August die hinter ihm stehenden Brennereien auf die Vorzüge der Verbrennung von Futtermitteln also hin: "... Da die Rohstoffe den Brennereien im kommenden Betriebsjahre stellenweise vielleicht nicht reichlich zur Verfügung stehen werden, so lenkt sich die Aufmerksamkeit der Brenner, besonders solcher, die keinen Ueberfluß an Kartoffeln haben, immer wieder auf die Futtermittel, deren Verarbeitung in der Brennerei keine Schwierigkeiten im Wege stehen. Man braucht allerdings die Genehmigung des Zollamts dazu; diese wird aber ohne weiteres erteilt, da der Bundesrat das Brennen der Futtermittel an keine einschränkenden Bedingungen geknüpft hat. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß die Verarbeitung der Futtermittel in der kommenden Brennzeit einen größeren Umfang annehmen dürfte als je zuvor. Ein hoher Kartoffel- und Spirituspreis ist der Futtermittelverarbeitung günstig und regt dazu an. .... Da bei der heutigen Preislage die Verarbeitung der Röhren in den Brennereien bei weitem einträglicher ist, als die in den Zuckerraffinerien, so kann nur dazu geraten werden, sie nach Möglichkeit anzuwenden. ....“ Gegenüber dieser drohenden Nährstoffvergeudung erscheinen dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, wie er uns schreibt, neben den von ihm vielfach geforderten Futtermittelpreissen behördliche Schritte dringend notwendig, damit man nicht später wieder eine ungenügende Fleischversorgung mit Mangel an Futtermitteln entschuldigen müßte, die man früher der Brennerei geopfert habe.

Hohe Preise steigern die Erzeugung. So behaupten wenigstens die Feinde aller Höchstpreisfestsetzungen. Wenn der Satz richtig ist, müssen wir im nächsten Jahre ungeheure Mengen von Wilden haben, denn sie kosten jetzt beim Erzeuger, zum Beispiel beim Hauptmann Spieckermann in Rangsdorf M 4 das Stück, während er sie noch im Vorjahre zu M 1 verkaufte. Auch Schleien, die es im Kleinhandel nunmehr auf M 2 das Pfund gebracht haben, werden sich mit ihrer Fortpflanzung beeilen; desgleichen wilde Kaninchen und vor allem die Heringe, die man bei jeglichem Preise gefangen oder geräuchert nur noch mit hoher Anacht verzehren kann. Die Bäume werden die Last der blauen und roten Edelplanen nicht tragen können, kurz — wir gehen herrlichen Zeiten entgegen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Anmelde- und Beitragspflicht der vom Militärdienst entlassenen oder beurlaubten Verbandsmitglieder.

In der „Bekanntmachung“ in Nr. 35 des „Zimmerer“ haben wir darauf hingewiesen, daß alle vom Militärdienst entlassenen wie auch alle auf eine bestimmte Zeit zu irgendeiner Arbeitsleistung beurlaubten Verbandsmitglieder verpflichtet sind, sich unverzüglich in der Bahnhalle ihres Arbeitsortes wieder im Verbandsamt anzumelden und vom Tage des Arbeitsantritts ihrem Verdienste entsprechende Beiträge leisten müssen. Hierbei ist es gleichgültig, ob die Kameraden als Eisenschiffbauarbeiter beschäftigt werden oder welche Arbeit sie sonst verrichten. Alle müssen sich unserm Verbandsamt wieder anschließen. Unterlassen sie diese Anmeldung, dann gehen sie ihrer Rechte an den Verband verlustig. Die Mehrzahl dieser Kameraden kommt dieser Anordnung ohne weiteres nach, weil sie das für ganz selbstverständlich hält. Ein anderer Teil aber will die Not-

wendigkeit der Wiederanmeldung in der Organisation nicht einsehen und versucht sich um die Meldepflicht und Beitragszahlung herumzudrücken. Diese Kameraden fühlen sich immer noch als Soldaten und daher dem Verbands gegenüber nicht verpflichtet, obwohl sie während der Verurlaubung einem Militärkommando nicht unterstehen. Wo aber solche Kameraden der Meldepflicht nicht länger ausweichen können, weigern sie sich recht oft, den Zahlstellenkassierern ihren Militärpaß zur Einsichtnahme vorzulegen, um so die Feststellung ihrer Drückebergerei zu verhindern. Die Zahlstellenkassierer sind gehalten, in allen Fällen Einsicht in die Pässe zu nehmen und im Weigerungsfalle die Anmeldung abzulehnen und dem Zentralvorstande die Namen, Personalien und Adressen dieser Kameraden mitzuteilen, damit von hieraus gegen diese eingeschritten werden kann. Um überhaupt dieser Art Drückebergerei entgegenzutreten, ist es dringend geboten, daß alle Zahlstellenleitungen ständig darauf achten, welche ihrer einberufenen Zahlstellenmitglieder wieder entlassen oder zu irgendwelcher Arbeitsleistung aus dem Militärdienst beurlaubt werden. Sie haben auf deren Wiederanmeldung in der Zahlstelle zu drängen, wenn diese Kameraden nach dort zurückkehren. Nehmen Kameraden dagegen im Bereich einer andern Zahlstelle Arbeit, dann sind den zuständigen Zahlstellen oder dem Zentralvorstand Namen, Personalien und Adressen der Kameraden unverzüglich mitzuteilen. Umgekehrt ist wieder der Zahlstelle die erfolgte Anmeldung bekanntzugeben. Nur in solcher wechselseitigen Zusammenarbeit aller Zahlstellen kann der Drückebergerei ein Riegel vorgeschoben und können säumige Verbandsmitglieder zur Erfüllung ihrer Verbandspflichten mit Erfolg herangezogen werden.

**Gemüsebau in Kleingärten.**

Die „Zentralstelle für den Gemüsebau in Kleingärten“, Berlin W 8, Behrenstr. 50/52, hat Merkblätter herausgegeben, die kostenlos an Kleingärtner und Laubentkolonisten abgegeben werden. Diese Merkblätter, die den Mitgliedern der Gewerkschaften von der Generalkommission der Gewerkschaften warm empfohlen werden, erteilen den Kleingärtnern Rat und Hilfe bei Anlegung, Bearbeitung und Ausnützung ihrer Gärten. Bisher sind nachfolgende Merkblätter erschienen: „Wie soll der Kleingärtner seine diesjährige Ernte verwerten?“ und „Sorgt für die mehrfache Ausnutzung des Gemüselandes“. Mitglieder, die solche Anleitungen für ihre Gartenarbeit wünschen, können sich an obige Adresse um Zustellung der Merkblätter wenden. **Der Zentralvorstand.**

**Unsere Lohnbewegungen.**

**Beseitigte angebliche Hemmungen bei Zahlung der vereinbarten Teuerungszulagen.** Obwohl bei den zentralen Tarifverhandlungen keine Rede davon gewesen ist, das etwa „die Bewilligung seitens der Arbeitgeber im Interesse des Burgfriedens in der Voraussetzung erfolge, daß die bauenden Behörden die Teuerungszulage zurückerrätten“, wurde doch die Zahlung in recht vielen Fällen davon abhängig gemacht. Diese Hemmung wurde vom Vorstand des Arbeitgeberbundes gefördert durch Drohungen in der Presse, daß „in vielen Bezirken die Zahlung der erhöhten Teuerungszulagen wahrscheinlich nicht durchführbar sein würde“. Neuerdings hat sich genannter Vorstand mit einer Eingabe, die wir in Nr. 36 des „Zimmerer“ unsern Lesern zur Kenntnis brachten, an den Stellvertreter des Reichstagspräsidenten gewandt und darauf die nachstehende, der „Baugewerkszeitung“ entnommene Antwort erhalten:

Auf die Eingaben vom 21. Juli und 19. August 1916 wird unter Bezugnahme auf die vorläufige Antwort vom 29. August Nr. 807 August 1916 U 4. dem Arbeitgeberbund ergebnis mitgeteilt, daß an die Dienststellen der Heeresverwaltung eine Verfügung im Sinne der Verhandlungen vom 29. Juni 1916 im Reichsamt des Innern ergangen ist.

Die Intendanturen usw. haben nähere Anweisungen erhalten über die Behandlung der von den Unternehmern gestellten Anträge auf Erstattung der gezahlten Lohnzuschläge. Bei Prüfung der Frage, ob ein Unternehmer durch Zahlung der Zuschläge zu Schaden gekommen ist, soll auch dann ein Schaden anerkannt werden, wenn das finanzielle Ergebnis des Geschäftes keine angemessene Entschädigung für die persönliche Mitarbeit des Unternehmers enthält. Ob der Erlaß des Schadens als ein Gebot der Billigkeit erscheint, ist danach zu beurteilen, inwieweit der Unternehmer infolge des Schadens in seiner gesamten wirtschaftlichen Lage gefährdet ist.

Den Aufsichtsbehörden usw. ist nahegelegt worden, die beiden Fragen nach dem Schaden des Unternehmers und den sich daraus für ihn ergebenden Folgen nach billigen Ermessen und mit von Engherzigkeit freiem Wohlwollen zu prüfen.

Getrennt zu behandeln sind diejenigen Fälle, in denen der Unternehmer einen Rechtsanspruch auf Erstattung der Teuerungszuschläge hat, zum Beispiel wenn die Ausführung der Vertragsarbeiten durch von den Behörden zu vertretende Umstände verzögert worden ist. **gez. Friedrich.**

Damit dürften nun auch die angeblichen Hemmungen bei Zahlung der vereinbarten Teuerungszulagen behoben sein und diese, soweit es noch nicht geschehen, zur Auszahlung gelangen. Wo es dennoch nicht geschieht, muß die Teuerungszulage in jedem Falle von untern Kameraden energig gefordert werden, und zwar auch dort, wo ein dem Reichstarifvertrage entsprechender Lokaltarifvertrag nicht besteht.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Braunschweig.** Am 10. September beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung mit einem Falle „echter Kameradschaft“ einiger hiesiger Kameraden. Dieselben waren für einen Stundenlohn von M 1,10 für einen hiesigen Meister nach Grefeld auf Montage gefahren. Da aber dort die Lebensmittel sehr knapp und daher furchtbar teuer sind, so war es den Kameraden trotz Ueberstunden und Sonntagsarbeit nicht möglich, mit ihrem Verdienste auszukommen. Sie überlegten reiflich, was zu tun sei, und

lamen zu dem Entschlusse, einen Stundenlohn von M 1,30 zu fordern und, wenn er abgelehnt würde, nach Braunschweig zurückzufahren. Ferner verabredeten sie, an dem kommenden Montage nicht um 6 Uhr, sondern erst um 8 Uhr zur Arbeit zu gehen, da dann erst der Geschäftsführer anwesend sei. Leider hatten hier schon einige Kameraden ihr Wort nicht gehalten, sondern waren schon um 6 Uhr zur Arbeit gegangen. Es unterschrieben nun neun Kameraden die Forderung, der zehnte Kamerad H. weigerte sich mit der Begründung, daß er, wenn er eventuell die Arbeit niederlegen würde, sofort Soldat werden müßte. Als nun ein Kamerad die Forderung dem Geschäftsführer des hiesigen Zimmermeisters B. unterbreitete, verlangte dieser eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben. Der Kamerad erwiderte, daß er hierzu keine Veranlassung habe; außerdem würde Herr B. selbst an seinem Geldbeutel spüren, wie teuer ihm sein Lebensunterhalt hier zu stehen käme. Herr B. ließ sich dann eine Aufstellung von seinem Polier anfertigen, und diese ergab, daß die Kameraden einen Ueberfluß hatten, von sage und schreibe 74 s pro Tag. Trotzdem lehnte Herr B. die Forderung ab. Als nun der Kamerad dieses den übrigen mitteilte, da erklärten fünf Kameraden, daß sie hierbleiben und weiterarbeiten würden, da sie mit ihrem Verdienste auskämen; einer bemerkte, daß er noch Wurst und Schinken genug zum Zusehen habe. Nach Schilderung dieses Falles, hielt die Versammlung die Haltung dieser Kameraden für inkorrekt; denn, wenn auch jene Kameraden, die stehengeblieben sind, die Arbeit mit niedergelegt hätten, würde der Unternehmer ohne Zweifel veranlaßt worden sein, die Forderung zu bewilligen. Ein Kamerad verlangte die Ausschließung der betreffenden Kameraden aus der Zahlstelle. Da aber dieses nicht möglich ist, ohne diese Kameraden gehört zu haben, so versicherte die Versammlung, nach Rückkehr der Betreffenden die Angelegenheit zu regeln. Ein Kamerad konnte es nicht fassen, daß es in einer so schweren Zeit, wo man erst recht einig und geschlossen zu seiner Organisation stehen müsse, noch solche Kameraden geben könne. Dann machte ein zurückgekehrter Kamerad aufmerksam auf die Haltung des zurückgebliebenen H., und ein anderer Kamerad bemerkte, daß die Frau des H. sich bitter beklagte, daß ihr Mann von ihr noch Lebensmittel verlangte, die sie selbst nötig habe, und außerdem bekäme sie von ihm so wenig Geld, daß sie seine Beiträge nicht bezahlen könne. Und dann kommt dieser Mann mit seinem Verdienste aus?

**Cassel.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 8. September 1916 beschäftigte sich mit der wichtigen Tagesordnung: Statistische Erhebungen, Stellungnahme zu den örtlichen Tarifverhandlungen und Allgemeiner Bericht. Der Versammlungsleiter Baumbach machte die Anwesenden, soweit sie an den Erhebungen der Statistik beteiligt waren, darauf aufmerksam, die Liste in allen Punkten genau auszufüllen. Nur dann hätte der Zentralvorstand eine genaue Uebersicht. Um den örtlichen Tarif zum Abschluß zu bringen, war von der Gauleitung wiederholt darauf hingewiesen, die hier am Orte noch strittigen Fragen des Tarifs recht bald zu regeln. Auf eine Anfrage der hiesigen Verwaltung bei den Unternehmern war ein Schreiben eingegangen, daß sie gewillt sind, über die noch strittigen Fragen mit uns zu verhandeln, sobald die nötigen Vorarbeiten erledigt sind. Hauptsächlich kommt in Betracht die Regelung der Lohnzulage bei Arbeiten über Land und Wasserarbeit. Alsdann gab Kamerad Baumbach einen Bericht über den Stand und die Tätigkeit der Gewerkschaft im allern. Zwei Jahre schwerer Kriegszeit liegen hinter uns. Unsere Zahlstelle hat diese Zeit würdig überstanden. Leider ist zu befürchten, daß noch ein Jahr vergeht, bevor der Friede eingeleitet sein wird. War es im ersten Kriegsjahre noch leicht, für die einberufenen Vertrauensleute Erlaß zu schaffen, so war dies im zweiten Jahre oft mit Schwierigkeiten verbunden. Schwer deshalb, weil, wenn sich jemand in die geschäftlichen Angelegenheiten etwas eingearbeitet hatte, er plötzlich zum Heeresdienst einberufen wurde. Immer wieder wurden Lücken gerissen. Dennoch kann gesagt werden, daß sich bisher noch alles glatt abgewickelt hat, und daß wir, da noch genug ältere Kameraden vorhanden sind, der Zukunft mit Ruhe entgegen sehen können. An Arbeitsgelegenheit hat es auch im zweiten Jahre nicht gefehlt. Die Kriegsbauten und alle die unmittelbar mit diesen im Zusammenhang stehenden Arbeiten boten den Arbeitssuchenden Gelegenheit. Nicht nur ein großer Teil der Mitglieder unserer benachbarten Zahlstellen, sondern auch aus weiterer Entfernung kommen Zimmerer herbei, um ihrem Erwerb nachzugehen. Bedauerlich ist nur, daß organisierte Kameraden scheinbar den Ernst der Lage noch nicht erfaßt haben; denn es muß gesagt werden, unsere Versammlungen werden von den Mitgliedern der nahen Zahlstellen (abgesehen von einzelnen Mitgliedern aus Reichensachsen und Hildesha) gar nicht besucht. Ganz besonders empfehlenswert wäre dieses für die Mitglieder aus Sand. dieser Zahlstelle, die so eng mit Cassel verknüpft ist und deren Mitglieder bereits vor der Kriegszeit zur Hälfte, während der Kriegszeit zu vier Fünfteln hier beizuwohnen. Die Interessen obiger Mitglieder werden ausschließlich durch die Zahlstelle Cassel vertreten; daß dadurch Kosten entstehen, dürfte jedem einleuchten. Es wäre daher wünschenswert, daß der Vorstand genannter Zahlstelle sich der Beschlüsse der Bezirkskonferenz von 1905 erinnern würde. Die wenige geistige Regsamkeit der Mitglieder selbst tritt dann auch bei Monatsbücherekontrollen usw. recht krasp zutage. Hoffen wir, daß auf diesem Gebiete eine Besserung eintritt. Daß in der kommenden Zeit die Arbeit nicht mehr in so reichlichem Maße vorhanden sein wird wie im Vorjahre, ist eine Tatsache. Verschiedene Kameraden haben es deshalb vorgezogen, nach Stallunnen in Ostpreußen zu reisen, wo Arbeiten durch hiesige Unternehmer ausgeführt werden. Andere haben, um eventueller Arbeitslosigkeit vorzubeugen, Arbeiten in den Proviantämtern angenommen. Da noch mehr Einberufungen zum Militär erfolgen, wird sich für die Zurückbleibenden dennoch Arbeitsgelegenheit bieten. Pflicht und Aufgabe dieser Kameraden muß es sein, besser als bisher das Verbandsleben zu fördern und zu stärken.

**Chemnitz.** Am 5. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Besuch war leider sehr schwach. Auf der Tagesordnung stand: Neueinteilung und Befehung der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, Kartellbericht, Gewerkschaftliches. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der auf den Schlachtfeldern gefallenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Es waren dies unser früherer zweiter Vorsitzender Alfred Siegert sowie unserer früherer Bezirkskassierer für Wüstenbrand, Casar Petermann. Dann führte Kamerad Friedel als Schiedsgerichtsbeiziger in kurzer, sachlicher Weise an, wie der ganze Apparat der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung bei auftauchenden Streitigkeiten funktioniere, sowie die Veränderungen, welche nach der neuen Reichsversicherungsordnung vorgenommen wurden. In der Diskussion wurde erwähnt, welche Unerfahrenheit hauptsächlich bei den Frauen der gefallenen Krieger vorhanden ist. Wie manch eine muß jetzt, weil sie sich bei der Verbeiratung ihren gezahlten Anteil zur Invalidenversicherung zurückerrätten ließ, bittere Erfahrungen machen, indem die Frauen keinen Anspruch auf Witwenlohn haben; M 60 bis 80 müssen selbige jetzt mitunter einbüßen. Den Kartellbericht gab Kamerad Ungethüm. Er führte aus, daß der Krieg sich immer fühlbarer mache auch bei den Gewerkschaftskartellen. Die Mitgliederzahl sei von 42 403 im Jahre 1913 auf 17 228 im Jahre 1915 zurückgegangen. Ueber 52 pzt. der Mitglieder von 1913 sind zum Militär eingezogen. Ebenso die große Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie sowie in den damit zusammenhängenden Industrien macht sich im Massenverhältnis sehr fühlbar. Im Sekretariatsbericht war von einer Abnahme in der Zahl der Auskünfte usw. wenig zu spüren. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde von einer Schlichtungskommissions- sowie Tarifamtssetzung, welche beide in einer Karbolineumstreitigkeit resultatlos verlaufen waren, berichtet. Bei dieser Gelegenheit kam mit zur Kenntnis der Beizigten, daß unser Unternehmertum eine Sitzung des Tarifamtes zwecks Abschließung eines Akkordtarifes verlangt. Dieses Gebaren wurde seitens der Versammlung nicht als burgfriedlich bezeichnet. Im weiteren wurde auf die aufzunehmende Statistik hingewiesen.

**Landberg a. d. W.** Am 8. September ereignete sich ein schreckliches Unglück. Bei der Firma Ernst Wögelin, Dampfshneidemühle und Zimmereibetrieb in der Seinersdorfer Straße, brach, nachdem um 6 Uhr die Arbeit begonnen, früh 6 1/2 Uhr Feuer aus. Mehrere dort beschäftigte Kameraden, als sie sahen, daß das Feuer nicht mehr zu löschen war, wollten ihr Werkzeug aus der im ersten Stock gelegenen Werkstatt retten. Die beiden Kameraden Malte Möller und Friedrich Loy konnten den Ausgang nicht mehr erreichen und fanden ihren Tod in den Flammen. Kamerad Möller ist 65 Jahre alt, verheiratet und Vater von sieben erwachsenen Kindern, von denen drei Söhne, auch Zimmerer, im Felde stehen. Er war ein langjähriges, treues Mitglied unserer Zahlstelle. Kamerad Loy ist 51 Jahre alt, verheiratete, hat vier zum Teil erwachsene Kinder. Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle im Jahre 1897 und eifrig in der Agitation für den Verband und die Partei. Unsere Kameraden werden beiden ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Lautfertigkeit ist jetzt schlecht. Privatbauten sind fast gar nicht vorhanden. Die noch aufwendenden Kameraden werden bei kleinen Arbeiten für die Stadt und Barackenbauten beschäftigt. Unser Stundenlohn beträgt vom 1. September an 67 s. In etlichen Betrieben wurde festgestellt, daß der Lohn gezahlt wird. Wo solches nicht geschieht, sollten die Kameraden vorstellig werden und es sogleich dem Vorstand melden, damit Abhilfe geschaffen wird. Auch unser Versammlungsbefuch, der während der Kriegszeit nachgelassen hat, mußte wieder besser werden, damit unsere Zahlstelle, wenn der Friede wieder einkehrt, ungeschwächt dasteht.

**München.** Unsere Zahlstelle wurde bei Ausbruch des Krieges in wirtschaftlicher Beziehung schwer betroffen, die Bautätigkeit war mit einem Schlage bereits stillgelegt. Der Verband war aber in der allfälligen Lage, dem Sturm, der so plötzlich hereinbrach, Widerstand zu leisten. Er konnte seinen Mitgliedern in der so kritischen Zeit mit seiner Unterstützungseinrichtung die größte Not lindern. Es mußten jedoch besondere Maßnahmen infolge des Krieges in der Unterstützungseinrichtung getroffen werden; aber trotzdem hatte der Verband 289 Mitglieder an 5931 Tagen mit M. 6580,50 Zentralunterstützung, dann 202 Mitglieder an 5653 Tagen mit M. 3288 Zentral-Ausgesteuertenunterstützung und endlich 54 Mitglieder infolge der langandauernden Arbeitslosigkeit an 1206 Tagen mit M. 703,95 Lokalunterstützung im Jahre 1915 unterstützt. Die Unterstützungsszeit ist nun für das Mitglied eine ununterbrochene von 22 Wochen. Es ist wohl ein großer Teil zum Kriegsdienst eingezogen, trotzdem wurde noch für 12 790 Tage die Summe von M. 10 572,45 zur Auszahlung gebracht. Im Jahre 1916 waren nur bis jetzt für 1064 Tage M. 1184,90 auszugeben, weil man durch die Arbeitslosigkeit mehr verschont war. Der Beruf der Zimmerer kam auch im Militärdienst sehr zur Geltung, ein Beweis dafür, daß von 1091 Mitgliedern in dem ersten Halbjahre des Krieges 448, im zweiten Halbjahre 107, im dritten Halbjahre 97, im vierten Halbjahre 48 und seit Juli dieses Jahres 50 Mitglieder einberufen wurden, so daß im ganzen 750 Mitglieder im Kriegsdienste stehen, zum größten Teil diese als Pioniere oder Pionierdienste zu leisten haben. Der Zimmererverband hat auch den Familien der im Kriegsdienste stehenden Mitglieder eine erhebliche Unterstützung geleistet. Es wurden von der Hauptkasse Hamburg M. 15 129 und aus der Lokalkasse M. 6249, somit M. 21 378 ausgezahlt. Man kann bei dem Zimmererverband das Sprichwort anwenden: Wer säet, der kann auch ernten. Es wird ein Beitrag für die Hauptkasse von 80 s und für die Lokalkasse 30 s, somit ein solcher von M. 110 pro Woche bezahlt. Der Verband ist dadurch widerstandsfähig. An Mitgliedern hatte die Zahlstelle bei Ausbruch des Krieges 1091, davon 750 im Kriegsdienst; der Bestand ist zurzeit 528, somit um 187 Mitglieder zugenommen. Ein verschwindend kleiner Prozentsatz steht der Organisation fern. Diese werden an ihr Ehrgefühl ermahnt, ihre Pflicht als Arbeiter zu tun und in der Agitationswoche als Mitglied beizutreten. Große Aufgaben stehen den Bauarbeitern und den Zimmerern nach dem Kriege bevor, deshalb muß auch der letzte Mann sich den Reichen anschließen. Es darf nicht beiseite stehen, wenn die wirtschaftliche Lage verbessert werden soll. Nur Einigkeit führt zum Siege.

**Sterbetafel.**

**Bitterfeld.** Nach langem Leiden starb unser Verbandsmitglied Stanislaus Schimpanski.



### Griechenland.

th. Gern machen wir uns lustig über die Unkenntnis in geographischen Dingen, die in der Auslandspreffe nicht selten zutage tritt und die namentlich in französischen Blättern bis in die jüngsten Tage bei Erörterung deutscher Verhältnisse recht drollige Blüten getrieben hat. Doch allzu selbstgerecht zu sein, haben wir auch nach dieser Richtung keinen Anlaß. Auch bei uns hapert es beträchtlich, selbst in den Kreisen derer, die bessere Schulbildung sich verschaffen konnten, wenn es darauf ankommt, über die natürliche und wirtschaftliche Beschaffenheit eines Landes ein richtiges Urteil zu fällen. Wie kann es auch anders sein! In den Schulen, die mittleren und höheren nicht ausgeschlossen, wird der geographische Unterricht zumeist mehr als stiefmütterlich behandelt, und von der Kulturgeschichte, wenn sie überhaupt im Lehrplan steht, wird auch nur ein wenig genippt. Was wissen wir beispielsweise über Griechenland, das seit langen Monaten täglich genannt wird und das in diesem Kriege immerhin nicht bedeutungslos ist?

Es ist schwer, mit wenigen Strichen ein zutreffendes und einigermaßen vollständiges Bild dieses eigenartigen Landes zu entwerfen. Nach Klima, Bodenbeschaffenheit und wirtschaftlicher Struktur ist es so böhlig von unserm verschieden, daß keine Berührungspunkte bestehen. Die Landfläche nimmt den fünften Teil von Deutschland ein, 108 000 gegen 540 000 qkm. Aber Griechenlands Einwohnerzahl beträgt nur 5 Millionen gegen 69 Millionen, die trotz der Kriegsverluste Deutschland zurzeit zählen mag. Während in Deutschland auf 1 qkm durchschnittlich 125 Menschen wohnen, sind es in Griechenland nur 45. Dabei ist die Vergrößerung Griechenlands um 43 500 qkm und zwei Millionen Köpfe, die es 1913 nach dem Balkankriege erfuhr, bereits eingerechnet. Ist die Dichtigkeit der griechischen Bevölkerung somit auch wesentlich geringer als bei uns, so steht sie doch auf etwa gleicher Höhe wie in Bulgarien und Rumänien. Größere Städte besitzt Griechenland nur fünf: Athen mit 175 000, Saloniki mit 160 000, Piräus mit 75 000, Kavalla mit 45 000 und Patras mit 40 000 Einwohnern.

Erheblich ist die Eigenart Griechenlands nach Klima, Bodenbeschaffenheit und Küstenentwicklung. Wie die beiden andern südeuropäischen Halbinseln Spanien und Italien, so badet auch Griechenland seine Glieder im Mittelmeer. Aber in Spanien wird der gradlinige Verlauf der Küste nur durch einige flach gerundete Buchten und Bufen unterbrochen, und auch der italienische Stiefel streckt sich zwar in seiner ganzen Länge ins Meer hinaus, doch tiefere Einschnitte besitzt er nicht. Anders bei Griechenland. Kein Mittelmeerstaat ist so vom Meere angegriffen wie Griechenland. Das ist so gekommen: Als vor Jahrmillionen die kaum erstarrte Erdrinde durch vulkanische Gewalten wieder an vielen Stellen barst und die hohen Gebirge in allen Erdteilen dadurch aufgetrieben wurden, da entstanden auch die Alpen mit ihren Ausläufern nach Südosten, deren entferntesten bis nach Griechenland reichten. Damals war Griechenland noch keine Halbinsel, sondern bildete die Brücke nach Kleinasien hinüber. Dann senkte sich das aufgetriebene Land wieder. Weite Landflächen gerieten dabei unter den Meerespiegel, bis bei fortgesetztem Senken alle tiefer gelegenen Striche vom Wasser bedeckt waren und nur die höher gelegenen Punkte als Inseln aus dem Meere hervorragten. Die feste Verbindung mit Kleinasien war verschwunden; nur Hunderte von Inseln und Inselbrocken deuteten noch den einstigen Zustand an. Griechenland war zur Halbinsel geworden, und das Mittelmeer, das vorher nur bis zur Westküste der Landbrücke gereicht hatte, umfaßte das Land nun auch im Osten und schied durch breitere und engere Straßen die neuerstandenen Inseln voneinander. Bis tief nach dem Innern der neugebildeten Halbinsel nagten die Fluten. Nur wenig fehlte und der südliche Teil vom heutigen Griechenland, der Peloponnes, wäre eine vollständige Insel geworden, und der Golf von Korinth hätte nach Durchbrechung der nur wenige Kilometer breiten Landenge seine Wellen mit denen des ostgriechischen Mittelmeeres vereinigen können.

Mit dieser geographischen Struktur ist Griechenland in die geschichtliche Zeit getreten. Natürlich hatte sich im Laufe der Jahrtausende das einst kahle Felsengerippe mit Pflanzenwuchs bedeckt. Hochragende Wälder, genährt durch die feuchten Dünste, die das Meer überall ausatmet, wiegten ihre Wipfel im Winde. Und als der durch häufigen Hunger gewickte Mensch dazu gelangt war, durch absichtlichen Anbau von Körnerfrüchten seine Ernährung zu sichern, da bot auch in Griechenland die Erdschicht in Talmulden, an Berghängen und auf den schmalen Küstensäumen günstige Gelegenheit dazu.

In Griechenland gelangte die alte Kultur zur höchsten Entwicklung. Ein halbes Jahrtausend vor Beginn unserer Zeitrechnung hatten die beiden Hauptstaaten im alten Hellas, Athen und Sparta, bereits auf politischen, künst-

lerischen, philosophischen und sozialen Gebieten einen Kulturstand erreicht, den kein anderes altes Volk zu erlangen vermocht hat. Aber dann kamen die Kriege. Die mit äußeren Feinden wurden siegreich bestanden. Aber an der inneren Zerfleischung — Sparta und Athen rangen Jahrzehnte hindurch mit den Waffen um die Hegemonie, um die Vorherrschaft — gingen Land und Volk zugrunde. Entkräftet und verarmt wurde das verblutete Hellas eine leichte Beute der Römer. Vor 2000 Jahren war der stolze Ruhm verblüht; Griechenland war entvölkert, politisch einflußlos und wirtschaftlich stoch. Seine einstige Machtstellung war für immer dahin.

So ist's geblieben bis in unsere Tage. Griechenland war der Spielball für andere. Auch nach Zerbrechung der römischen Welt Herrschaft ums Jahr 500 vermochten die Griechen nicht, sich wieder national zu einigen und politische Selbständigkeit zu erringen. Während anderwärts damals die Völkerwanderung bereits zum Stillstand gekommen war, fluteten wallachische und slawische Stämme neben Goten, Hunnen, Albanern und andern noch lange nach Griechenland. Hier konnten sie nicht weiter und blieben. Nach den Kreuzzügen siedelten sich auch vereinzelt deutsche, spanische und französische Ritter mit ihren Gefolgen an. Später kamen die Türken ins Land, so daß schließlich die griechische Bevölkerung aus einem so bunten Gemisch bestand, wie es nirgends wieder zu finden ist.

Im Mittelalter war dann noch etwas geschehen, wodurch die Verarmung und Trostlosigkeit berewigt wurde, die herrlichen Waldungen, welche die stark verästelten, das ganze Land nach allen Richtungen durchstreichenden Gebirgszüge bedeckt hatten, wurden sinnlos niedergebrannt, um mehr Weideplätze zu erhalten. Die Folgen waren dieselben, die sich in Spanien zeigten, als dort der gleiche Frevel begangen wurde. Die heftigen Regengüsse spülten bald die magere Bodenschurme in die Tiefe; der nackte Fels trat zutage; das Regenwasser fand in der Erdschicht kein Reservoir mehr; wo fruchtbare Acker den Menschen Nahrung gespendet hatten, da brannte nun die Sonne auf nacktes Gestein. Und die klimatischen Verhältnisse verschlechterten sich. Noch weniger als früher vermochte das Land seine Bewohner zu ernähren. Die Auswanderung war das einzige Mittel, beständigem Hunger zu entkommen. So kam es, daß Griechenland, dessen Bevölkerung vor 2500 Jahren an 2½ Millionen betragen haben soll, vor hundert Jahren nur wenig über ¼ Millionen Köpfe zählte.

Die Waldverwüstung rächte sich in Griechenland um so schwerer, als die Gebirge dort meist aus kalkigem Gestein bestehen, das dem Wasser leicht Durchlaß gewährt. Größere Flußläufe können sich im eigentlichen Griechenland nicht entwickeln; nur im Norden finden sich einige, die aus Serbien oder Bulgarien kommen. Dort finden sich auch noch Wälder, und die Vegetation gedeiht. Weiter nach Süden meiden auf den kahlen Berghängen nur Ziegen und schmales Rindvieh.

Die Gebirge sind nicht ohne Ergänge. Aber es fehlt an Kohle zur Verhüttung. Wein und Speiseöl, das aus der Olive gewonnen wird, sind fast die einzigen Produkte, die in größerer Menge nach dem Auslande verkauft werden können, um die Mittel zu gewinnen, die fehlenden Rohstoffe einzuhandeln.

Niel ist im letzten halben Jahrhundert geschehen, um alte Sünden zu sühnen; aber so leicht läßt sich die mifhandelte Natur nicht wieder zurechtstücken. Erschwerend dabei ist, daß Griechenland in den Sommermonaten sehr wenig Regen hat, so daß diese wichtige Zeit für die Vegetationsperiode nicht voll ausgenutzt werden kann. Die Süßwasserquellen des eigenen Landes sind darum nach wie vor gering. Griechenland muß verhungern, wenn es vom Auslande abgeschnitten wird. Das erklärt vieles, was sonst in der stummen Unterwerfung des griechischen Volkes unter die Drangsalierungen seitens Frankreichs und Englands unerklärlich wäre.

Ein armes Land, ein bedauernswertes Volk. Arm durch die Fehler früherer Geschlechter. Die staatliche Selbständigkeit hat Griechenland schon seit Jahrzehnten wieder gewonnen. Möge es dem Volke gelingen, auch wirtschaftlich zu erstarken, damit es Herr seines eigenen Geschicks wird.



### Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

**Kapitalabfindung — Unfallverletzte!** Zu unserm Artikel „Wink für Unfallverletzte bei Kapitalabfindung gegenüber den Berufsgenossenschaften“ in Nr. 38 sind uns auf Ersuchen unsererseits vom Verfasser zur weiteren Berechnungserleichterung und Ueberprüflichkeit wertvolle Erläuterungen und Berechnungsbeispiele übersandt worden, die wir hiermit veröffentlichen und zu berücksichtigen ersuchen.

In dem erwähnten Artikel wurde unter andern gesagt: „Die Abfindung muß im ersten Jahre

das Vierfache der Jahresrente betragen“ und als Beispiel dann angeführt, daß einem Verletzten, welcher 20 pSt. Rente in Höhe von M. 250 jährlich von der Berufsgenossenschaft erhielt, mithin viermal M. 250 = M. 1000 Abfindung erhalten müßte! Würde diese Abfindung von dem Verletzten nun später beantragt, so müßte das Alter des Verletzten und die seit dem Unfalltage verlossene Zeit zur Berechnung der Abfindungssumme herangezogen beziehungsweise berücksichtigt werden. Dieser Verletzte würde nun — wenn man 20 pSt. Jahresrentenrente in Höhe von jährlich M. 250 annimmt — bis zum Alter von 25 Jahren

nach Ablauf von 1 Jahre	6,20	× M. 250 =	M. 1550
" " " 2 Jahren	7,50	× " 250 =	" 1875
" " " 3 " "	7,90	× " 250 =	" 1975
" " " 4 " "	8,20	× " 250 =	" 2050

erhalten müssen. Im Alter von 25 bis 30 Jahren würde dieser Verletzte nach obigem Beispiel nur folgende Kapitalabfindung erhalten können

nach Ablauf von 1 Jahre	6,10	× M. 250 =	M. 1525
" " " 2 Jahren	7,40	× " 250 =	" 1850
" " " 3 " "	7,80	× " 250 =	" 1950
" " " 4 " "	8,10	× " 250 =	" 2025

Im Alter von 30 bis 35 Jahren nach obigem Beispiel würden

nach Ablauf von 1 Jahre	6,00	× M. 250 =	M. 1500
" " " 2 Jahren	7,90	× " 250 =	" 1800
" " " 3 " "	7,70	× " 250 =	" 1925
" " " 4 " "	8,00	× " 250 =	" 2000

gezahlt werden. Weiter im Alter von 35 bis 40 Jahren würden

nach Ablauf von 1 Jahre	6,00	× M. 250 =	M. 1500
" " " 2 Jahren	7,00	× " 250 =	" 1750
" " " 3 " "	7,60	× " 250 =	" 1900
" " " 4 " "	7,90	× " 250 =	" 1975

Im Alter von 40 bis 45 Jahren sind folgende Beträge

nach Ablauf von 1 Jahre	5,90	× M. 250 =	M. 1475
" " " 2 Jahren	6,80	× " 250 =	" 1700
" " " 3 " "	7,50	× " 250 =	" 1875
" " " 4 " "	7,80	× " 250 =	" 1950

zu zahlen. Im Alter von 45 bis 50 Jahren kommen

nach Ablauf von 1 Jahre	5,90	× M. 250 =	M. 1475
" " " 2 Jahren	6,70	× " 250 =	" 1675
" " " 3 " "	7,20	× " 250 =	" 1800
" " " 4 " "	7,60	× " 250 =	" 1900

als Abfindungssumme zu zahlen in Frage. Ferner im Alter von 50 bis 55 Jahren

nach Ablauf von 1 Jahre	5,80	× M. 250 =	M. 1450
" " " 2 Jahren	6,60	× " 250 =	" 1650
" " " 3 " "	7,00	× " 250 =	" 1750
" " " 4 " "	7,20	× " 250 =	" 1800

zu zahlen in Betracht, und endlich im Alter von über 55 Jahren

nach Ablauf von 1 Jahre	5,70	× M. 250 =	M. 1425
" " " 2 Jahren	6,20	× " 250 =	" 1550
" " " 3 " "	6,40	× " 250 =	" 1600
" " " 4 " "	6,50	× " 250 =	" 1625

als Abfindung zu zahlen erforderlich erachtet worden.

Nach diesen vorstehenden, genau berechneten Beispielen ergibt sich also, daß die Kapitalabfindung beim Steigen des Alters fällt. Am besten würde hiernach zum Beispiel der Verletzte abschneiden, wenn er die Kapitalabfindung bei der Berufsgenossenschaft im Alter von 25 Jahren nach Ablauf von vier Jahren beantragt (M. 2050 würde er nach dem angeführten und berechneten Beispiel erhalten). Voraussetzung ist natürlich, daß die Berufsgenossenschaft nicht das „Vertrauensarzt“-verfahren beschreitet. Daß die Berufsgenossenschaften gerne diesen Weg „einschlagen“, ist mehrfach erwiesen und im erwähnten ersten Artikel erläutert worden. Im übrigen verweisen wir auf die im ersten Artikel empfohlenen Vorichtsmaßnahmen gegenüber den Berufsgenossenschaften, denn auch hier ist „Vorlicht die Mutter der Weisheit“.

Bemerk sei nun noch, daß im obigen Artikel zur Berechnung der Beispiele M. 250 Jahresrente mit 20 pSt. angenommen worden ist. Selbstverständlich kann jede Rente, sofern diese unter 20 pSt. beträgt und das Versicherungsamt die Zustimmung erteilt, abgefunden werden. Es können also 15 oder 10 pSt. im Betrage von M. 90, 125 oder 150 usw. Jahresrente zur Berechnung in Frage kommen. Diese Jahresrentensummen werden dann in der geschilderten Weise berechnet und von der Berufsgenossenschaft gezahlt. Der Einfachheit und Ueberprüflichkeit halber ist nur der Betrag von M. 250 als Beispiel angenommen worden, damit Interessierte und Unfallverletzte sich besser hineinfinden können. R. V.

### Veranstaltungsanzeiger.

Sonnabend, den 30. September:

Athen: Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. —  
 Lauburg a. d. G.: Abends 8½ Uhr bei Paul Paap, Elbstr. 45.

### Anzeigen.

[M. 3,60]

### Nachruf.

Am 12. September starb unerwartet schnell unser langjähriges Mitglied

### Edwin Wegel

im Alter von 49 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Zahlstelle Jena a. d. S.